

`Fridays for future` will kleinere Wohnungen, um Klimaneutralität in Deutschland zu erreichen

geschrieben von AR Göhring | 8. November 2020

Wie Clemens Traub in *Cicero* kritisierte, wird die *Fridays for future*-Bewegung hauptsächlich von studierenden Bürgerkindern repräsentiert, die ihr Engagement als Ausgangspunkt für eine Karriere nutzen. Physikalischer Sachverstand und Wissen um Zusammenhänge sind daher bei den Demonstrationen, auf denen „gegen Kohle“ gehüpft wird, naturgemäß kaum vorhanden.

Um diesem Mangel Abhilfe zu schaffen, hat die Führung (FFF ist längst eine NGO und keine Bewegung mehr) das *Wuppertaler Klima-Institut WIK* beauftragt, konkrete Vorschläge für eine große Transformation von Wirtschaft und Zusammenleben in Deutschland zu erarbeiten. Das Institut in NRW ist eine Art Kopie des *Potsdam-Instituts für Klimaforschungsfolgen PIK* von Schellnhuber.

Im WIK war man besonders ehrgeizig, da das Ziel der Bundesregierung, bis 2050 „klimaneutral“ zu werden, um 15 Jahre unterboten werden soll, um das 1,5°C-Ziel einzuhalten, was nur mit Deutschland gar nicht geht, aber egal.

Eine Bank hat die Studie des WIK finanziert und umfaßt zentrale Bereiche des Landes: Verkehr, Gebäude, Energie und Industrie. Die Forderungen sind so heftig wie unrealistisch: Die Zahl der Personenkraftwagen soll um 50% fallen; der ÖPNV verdoppelt werden. Wärmekraftmaschinen unter der Haube sollen weitgehend der Vergangenheit angehören. Dafür soll den Bürgern das eigene Auto so mies wie möglich gemacht werden: Teurere Parkplätze, extreme Geschwindigkeitsbeschränkungen in Städten (Tempo 30).

Die aktuelle Wohnfläche von durchschnittlich 47 qm pro Person, die beheizt werden muß, soll gesenkt werden; außerdem neben den Öl- auch die Gasheizungen verboten werden. Um durch was ersetzt zu werden? E-Heizungen?

Ein pikanter Gedanke am Rande: Die Regierung und die Mehrheitspresse sind ja der Meinung, es grassiere eine tödliche Virusseuche in Deutschland, und wird dies auch sicherlich die nächsten Monate (und Jahre?) propagieren. Sind kleinere Wohnungen mit höherer Bewohnerdichte nicht gefährlicher wegen hoher Infektionsgefahr? Wie kann das WIK dann so etwas fordern?

Fazit: Die FFF-WIKler wollen uns in frühere Jahrzehnte zurückschießen,

als West- und Ostdeutsche in kleineren Wohnungen und häufig ohne eigenes Auto lebten. Man darf davon ausgehen, daß das nur für den Steuerzahler-Hamster in seinem Rad gilt; Luisa Neubauer und Carla Reemtsma etc. werden selbstverständlich weiterhin in ihren Elbvorstadt-Villen oder großzügigen Berliner Altbauten logieren und einen großzügigen Tesla fahren. Und fernfliegen, wenn keiner guckt.

Da die herablassende Unsozialität der WIK-Studie viel zu offensichtlich ist und bei allgemeinem Bekanntwerden heftigen Widerspruch der Hamster erzeugen würde, winkt der neue Chef vom PIK, Ottmar Edenhofer, sofort ab und verweist auf Transformationsmethoden, die abstrakter und daher für den Steuerzahler nicht so leicht zu durchschauen sind. Konkret geht es dem Spezialisten für CO₂-Bepreisung darum, die Konsumkosten für den Bürger immer teurer zu machen, und den Ertrag letztlich in die Taschen von klimarettenden NGOs und „klimarettenden“ Firmen umzuleiten (das PIK selber ist ein Millionen-.e.V., also eine steuerfinanzierte NGO):

„Die Einführung solcher Instrumente ist wichtiger als der Streit, ob Deutschland im Alleingang bis 2035 treibhausgasneutral werden kann.“